



2018/16 Geschichte

<https://jungle.world/artikel/2018/16/die-unbequeme-geisel>

40 Jahre nach der Entführung und Ermordung Aldo Moros durch die Roten Brigaden in Italien sind Verschwörungstheorien über den Fall weiterhin verbreitet

Die unbequeme Geisel

Von **Federica Matteoni**

Vor 40 Jahren entführten und ermordeten die Roten Brigaden in Rom den christdemokratischen Politiker Aldo Moro. Um den Fall ranken sich heute noch Verschwörungstheorien, die eine politische Aufarbeitung der Konflikte jener Zeit erschweren. Die offene Frage ist jedoch nicht, ob etwa die CIA hinter der Entführung stand, sondern aus welchem politischen Kalkül nichts getan wurde, um Moro freizubekommen.

»Wir waren zehn Personen: Ein Arbeiter bei Breda, ein Techniker bei Siemens, ein Landwirt, eine Erzieherin, ein Handwerker, zwei Tagelöhner, ein Student, ein Arbeitsloser und ich. Zehn gewöhnliche Leute, zwischen 20 und 30 Jahre alt. Proletarier. Unser Ziel war es, einen revolutionären Prozess, einen sozialen und politischen Kampf zu initiieren, der seit langem schwebte. Wir betrachteten diesen großangelegten Angriff auf den italienischen Staat als einen wichtigen Schritt im laufenden revolutionären Prozess.«

So schildert Prospero Gallinari 2011, zwei Jahre vor seinem Tod, in der Arte-Dokumentation **»Sie waren die Terroristen der Roten Brigaden«**, die Zusammensetzung und die politischen Ziele des »Kommandos Via Fani« der Roten Brigaden (BR), die am frühen Morgen des 16. März 1978 in Rom durch einen bewaffneten Überfall den damaligen Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei (DC) Aldo Moro entführten und dabei seine fünf Leibwächter ermordeten.

55 Tage später endete die Entführung mit der Hinrichtung der Geisel, nachdem sie in einem »Volksprozess« zum Tode verurteilt worden war. Die Leiche des Politikers wurde im Kofferraum eines Autos in Roms historischem Zentrum gefunden.

Die Roten Brigaden fürchteten den Bürgerkrieg nicht, im Gegenteil, sie wollten ihn herbeiführen. Obwohl sie nicht an der Bewegung von 1977 beteiligt waren,

wussten sie, dass große Teile der außerparlamentarischen Linken in jenen Jahren sie höchstens ansahen als »Genossen, die sich irren«.

Der »historische Kompromiss«: Italien befrieden

Wäre er an jenem Tag nicht von den BR entführt worden, wäre Moro in der Abgeordnetenkammer im Palazzo Montecitorio pünktlich angekommen, um der neuen, von seinem Parteikollegen Giulio Andreotti geführten Regierung das Vertrauen auszusprechen. Die Regierung Andreotti war der politische Ausdruck eines Projekts der grundlegenden Transformation der italienischen Nachkriegsgesellschaft, die Moro gemeinsam mit der damals zweitstärksten politischen Kraft des Landes, der Kommunistischen Partei (PCI) unter Enrico Berlinguer, realisieren wollte und die unter dem Namen »historischer Kompromiss« bekannt ist.

Es sind die Jahre, in denen nicht nur das politische Establishment, sondern die gesamte italienische Gesellschaft dramatische Entwicklungen befürchtet: Attentate, Strategie der Spannung – von einem Staatsstreich bis zum Bürgerkrieg war alles denkbar. Es sind vor allem die Jahre der **Autonomia Operaia**, der besetzten Fabriken, der Bewegung von 1977 und der Demonstrationen, auf denen scharf geschossen wird. Gegen den »historischen Kern« der BR, die sich 1970 in Mailand gegründet hatten, läuft zum Zeitpunkt der Entführung bereits seit zwei Jahren ein spektakulärer Prozess in Turin.

Die nicht inhaftierten Mitglieder der bewaffneten Guerilla verüben eine Serie von Anschläge auf Personen, die als Symbole der »Konterrevolution« auserkoren werden. Die Opfer der *gambizzazioni* – in die Beine (gambe) schießen, so nennen die Brigadisten ihre Einschüchterungsmethode – sind Richter, Unternehmer, Universitätsprofessoren, Gefängnisaufseher, Journalisten. Der Klassenfeind soll in permanenter Angst leben.

Der »historische Kompromiss« galt vor diesem Hintergrund vielen seiner Verfechter nicht nur als Chance, das Land politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren, sie betrachteten ihn auch unter Aspekten der inneren Sicherheit: Durch die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung des Landes hatte man gehofft, die Straßen, die Universitäten und die Fabriken zu befrieden.

Die Roten Brigaden fürchteten den Bürgerkrieg nicht, im Gegenteil, sie wollten ihn herbeiführen. Obwohl sie nicht an der Bewegung von 1977 beteiligt waren, wussten sie, dass große Teile der außerparlamentarischen Linken in jenen Jahren sie höchstens ansahen als »Genossen, die sich irren«. Auf die Frage nach der Reaktion der BR auf die großen, parteiübergreifenden Demonstrationen, die Moros Befreiung forderten, antwortet Gallinari nüchtern: »Keine besondere Reaktion. Wir wussten, dass viele Genossen nach der Entführung auf uns angestoßen hatten, obwohl sie keine Mitglieder des bewaffneten Kampfes waren. Insofern waren wir zuversichtlich.«

Moros Projekt war auch eines der den BR wie auch einem Großteil der Autonomia verhassten PCI, es sollte mit allen Mitteln bekämpft werden. Mit ihrem »Angriff auf das Herz des Staates« wollte die »bewaffnete Partei« aber nicht nur die Bildung einer

Regierung verhindern. »Wir wollten einen langfristigen Krieg mit dem Ziel der Machtergreifung einleiten«, sagt Gallinari, »die erste Phase bestand in einem direkten Angriff auf die wichtigste Partei des Nachkriegsregimes in Italien.«

Falsche Geheimnisse

Gallarini ist nicht der einzige, der die Umstände und den Verlauf jener 55tägigen Entführung detailliert beschrieb und die politische Strategie der BR darlegte. Auch andere Mitglieder des Kommandos Via Fani, die inzwischen jahrzehntelange Haftstrafen abgesessen haben – etwa Valerio Morucci, Adriana Faranda, Barbara Balzerani und Raffaele Fiore –, äußerten sich in den vergangenen Jahren mehrfach zur Tat. Sie erklärten, rekonstruierten und lieferten politische Gründe, warum Überfall und Entführung aus ihrer Sicht so durchgeführt werden mussten.

Trotz fünf Prozessen, bei denen insgesamt mehr als 1 000 Jahre Haft verhängt wurden, drei parlamentarischen Untersuchungskommissionen, Bergen von Akten sowie unzähligen Büchern, Filmen und Fernsehdebatten gilt der Fall Moro noch immer als eines der größten italienischen Geheimnisse – als wäre er nie aufgeklärt worden.

Weil Undurchsichtigkeit Verschwörungstheorien blühen lässt, gibt es nun Versionen für so ziemlich jedes Weltbild, je nachdem, welche politische Bedeutung man diesem Ereignis beimisst. So sollen sich in der Via Fani an jenem Morgen des 16. März 1978 wahlweise Agenten der italienischen Geheimdienste, der CIA, des KGB, des Mossad, Angehörige der paramilitärischen Geheimorganisation Gladio, der Freimaurerloge P2, der deutschen RAF und schließlich der organisierten Kriminalität Roms (Magliana-Bande) sowie der ´Ndrangheta befunden haben. Und natürlich, ganz nebenbei, die zehn Rotbrigadisten.

Besonders eine Frage taucht immer wieder auf: Haben die BR allein gehandelt? Dass die juristische und politische Aufarbeitung des Falls reichlich Anlass gibt, diese Frage zu stellen, kann hier nur angerissen werden; um fast jeden Aspekt des Falls ranken sich mehr oder minder plausible Verschwörungstheorien.

Fest steht aber: Keine davon wurde bis heute bewiesen. Auch die dritte parlamentarische Untersuchungskommission, die 2015 ihre Arbeit aufnahm, konnte bis auf einige Details keine neuen Erkenntnisse bringen und bestätigte im Grunde die Version der ehemaligen Rotbrigadisten.

Dass mehrere »alternative Wahrheiten« über den Fall Moro im Umlauf sind, liegt zweifellos an der noch nicht vollständig geklärten Dynamik, die sich während jener 55 Tagen in Rom

entfaltete, und an den Lücken, Unklarheiten, verschwundenen oder gefälschten Akten, bewusster oder unbewusster Spurenverwischung, die den Fall kennzeichnen.

Weil Undurchsichtigkeit Verschwörungstheorien blühen lässt, gibt es nun Versionen für so ziemlich jedes Weltbild, je nachdem, welche politische Bedeutung man diesem Ereignis beimisst. So sollen sich in der Via Fani an jenem Morgen des 16. März 1978 wahlweise Agenten der italienischen Geheimdienste, der CIA, des KGB, des Mossad, Angehörige der paramilitärischen Geheimorganisation Gladio, der Freimaurerloge P2, der deutschen RAF und schließlich der organisierten Kriminalität Roms (Magliana-Bande) sowie der 'Ndrangheta befunden haben. Und natürlich, ganz nebenbei, die zehn Rotbrigadisten.

Exemplarisch zusammengefasst wurde dieses verschwörungstheoretische Konstrukt jüngst von Gerhard Feldbauer in der Tageszeitung *Junge Welt* (16. März 2018). Die »von Geheimdienstagenten unterwanderten und manipulierten linksradikalen Brigade Rosse«, so Feldbauer, seien als »Werkzeug« einer »Verschwörung der CIA und der geheimen Nato-Truppe ›Gladio‹« benutzt worden, »die das Regierungsbündnis mit den Kommunisten zu Fall bringen sollte«. Das Muster ist bekannt: Eine stramm antiimperialistische Interpretation jener Phase der italienischen Geschichte und des internationalen politischen Kontextes, die, wie so oft, nur eine Erklärung möglich macht, und zwar die simpelste: Die USA stecken dahinter.

Dabei wird bewusst ignoriert, was die Protagonisten dieser Zeit seit Jahren über ihre Taten sagen.

Aus dem damaligen Umfeld der Autonomia Operaia – von der man annehmen könnte, dass die Theorie, die BR seien von dunklen Mächten instrumentalisiert worden, ihr gelegen komme, denn sie entlastet die damaligen Genossen – stammen viele seriöse Untersuchungen, die sich vorgenommen haben, eine ernsthafte historische Aufarbeitung der sozialen und politischen Konflikte jener Zeit zu ermöglichen, um das Phänomen des bewaffneten Linksterrorismus und den Kontext seiner Entstehung zu begreifen.

Publizisten wie der Journalist Andrea Colombo (**»Un affare di Stato. Il delitto Moro 40 anni dopo«**, 2018), der ehemalige Rotbrigadist Paolo Persichetti auf seinem Blog **»insorgenze«** sowie der Verlag Derive Approdi haben mit ihrer Arbeit dazu beigetragen, die wilden, nur auf Aussagen und Indizien fußenden Geschichten über vermeintliche Drahtzieher auszuräumen. Die Autorinnen und Autoren des Buchs **»Brigate Rosse« (Derive Approdi, 2017)** hatten erstmals Zugang zu Akten, die die Sicherheitsapparate dem Staatsarchiv übermitteln mussten, nachdem 2014 das sie betreffende Staatsgeheimnis aufgehoben worden war.

Die Weigerung, zu glauben, dass eine zu allem entschlossene politisch-militärische Gruppe mit begrenzten Mitteln und kaum dafür ausgebildeten Leuten fähig zu einer Aktion dieses Ausmaßes war, ist trotzdem weiterhin verbreitet.

Denn eines steht fest: Beim Fall Aldo Moro und den Folgen seiner Entführung und Erschießung waren viele politische Interessen berührt. Zweifellos ging es von Anfang an nicht, oder nicht nur, um die Zukunft eines italienischen Spitzenpolitikers.

Der Fall Moro und der Kalte Krieg

Der damalige italienische Innenminister, Moros Parteifreund Francesco Cossiga, installierte während der 55 Tagen der Entführung ein »operatives Krisensystem«, über dessen Mitglieder später bekannt wurde, dass sie der Freimaurerloge »Propaganda 2« (P2) angehörten.

Noch sehr undurchsichtig bleiben die Umstände, die zur Aufdeckung einer konspirativen Wohnung der BR in der Via Gradoli 96 in Rom führten. Jahre später wird sich herausstellen, dass mehrere Wohnungen in diesem Haus, sowie in anderen Häusern in derselben Straße, von Mitarbeitern der Geheimdienste benutzt worden waren. Warum in dieser Wohnung die Entführung problemlos vorbereitet werden konnte, ist in der Tat bis heute ungeklärt.

Weitere vermeintliche Enthüllungen, die rund um die Jahrestage gerne als bahnbrechend präsentiert werden, beleuchten zwar Details, werfen aber kein wirklich neues Licht auf den Verlauf der Entführung, und noch weniger auf deren politischen Hintergrund.

So etwa die Aussagen von Steve Pieczenik, der damals als stellvertretender Staatssekretär des US-Außenministeriums nach Rom geschickt wurde, um Innenminister Cossiga in dem Fall persönlich zu beraten. Es sei darum gegangen, »eine Strategie zu finden, um Italien zu stabilisieren und den Kollaps der Christdemokratischen Partei zu verhindern«, erzählte Pieczenik **in einem anonymisierten TV-Interview** zuletzt am 18. März. »Anders gesagt: zu verhindern, dass die Kommunisten an die Macht kommen.« Pieczenik deutet an keiner Stelle an, dass die Initiative, Moro zu entführen, von der US-Regierung kam, vielmehr nennt er in Hinblick auf die Lage Italiens in den siebziger Jahren ein übergeordnetes politisches Ziel, das für den gesamten südeuropäischen Raum galt. Zum ersten Mal war in einem Nato-Land die Kommunistische Partei kurz davor, sich an einer Regierung zu beteiligen, wenn auch indirekt, durch das Vertrauensvotum. Dass die westlichen Mächte im Kalten Krieg dies für einen bedrohlichen Destabilisierungsfaktor hielten, kann niemand ernsthaft als Enthüllung werten, es ist eine historische Wahrheit. Die Frage also, warum die USA in der Lösung des Falls Moro eine Rolle spielten, ist alles andere als ungeklärt.

Warum musste Moro sterben?

Warum aber sollte diese Lösung lauten, wie sich ziemlich schnell herausstellte, »Aldo Moro zu opfern«? Die Antwort hierauf ist politisch. Außerhalb des »Volksgefängnisses« gab es viele Kräfte, die kein Interesse daran hatten, dass Moro freikommt. Er war für die italienische sowie für die internationale Politik eine unbequeme Figur.

»Ist es möglich, dass Ihr alle meinen Tod wollt, aus vorgeschobener Staatsräson, als wäre das die Lösung aller Probleme in diesem Land? Von wegen Lösung. Wird dieses Verbrechen begangen, wird sich eine furchtbare

Spirale eröffnen, die Euch mitreißen wird. (...) Mein Blut wird über Euch kommen« Aldo Moro, Brief an den Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Benigno Zaccagnini, 20. März 1978.

In der »Öffnung nach links«, wie der »historische Kompromiss« im Westen gedeutet wurde, sah nicht nur der Westen eine Gefahr. Auch in Moskau hielt man wenig von der Idee, dass die stärkste Kommunistische Partei im Westen sich vom sowjetischen Bruder emanzipierte. Moros und Berlinguers Projekt widersprach der Logik des Kalten Krieges, dafür war rund ein Jahrzehnt vor dem Fall der Berliner Mauer, im Westen wie im Osten, schlicht niemand bereit.

Als Vorsitzender einer Partei, die seit der Gründung der Italienischen Republik 1948 ununterbrochen regiert hatte, konnte Moro, der seit 1946 Justizminister, Außenminister, Generalsekretär der DC und fünfmal Ministerpräsident gewesen war, vielen im Establishment gefährlich werden: Er hatte einen tiefen Einblick in die Machtstrukturen des italienischen Staates – was das bedeutete, wurde erst in den neunziger Jahren deutlich, als das gesamte Parteiensystem der »ersten Republik« durch Prozesse wegen Korruption, Amtsmissbrauch und illegaler Parteifinanzierung hinweggefegt wurde. Als Moro andeutete, von diesem Wissen Gebrauch zu machen, um zu überleben, nahm die Entführung eine entscheidende Wende.

Moro war von Anfang an keine schweigende Geisel. In 55 Tagen schrieb er insgesamt 86 Briefe an seine Familie, an Parteifreunde, an Journalisten, den UN-Generalsekretär und Papst Paul VI. Darin flehte er inständig, eine Lösung für seine Befreiung zu finden. Als die BR nach dem Ende des »Volksprozesses« einen Gefangenenaustausch forderten, appellierte er verzweifelt in alle Richtungen, gegen politische Gefangene ausgetauscht zu werden. Doch nichts passierte.

Es war die »Linie der Härte« – keine Verhandlungen mit den Terroristen, koste es, was es wolle –, von der Christdemokraten, Kommunisten und sonstige Staatsapparate keinen Millimeter abwichen. Diese Unnachgiebigkeit überraschte vor allem die Entführer selbst: »Mit jedem Brief, jedem Kommuniké, jedem Telefonat mit der Familie hofften wir, etwas in Bewegung zu setzen«, so Valerio Morucci, »wir wussten damals nicht, dass nichts zu bewegen war.«

Die Entscheidung, Moro zu erschießen, soll am 8. Mai gefallen sein. Die Todesangst der Geisel war allerdings bereits in seinen Briefen kurz nach der Entführung zu spüren. Der Ton wurde immer verzweifelter, anklagender, vor allem gegen seine Partei, als er feststellte, dass niemand Interesse an seiner Befreiung zu haben schien.

»Ist es möglich, dass Ihr alle meinen Tod wollt, aus vorgeschobener Staatsräson, als wäre das die Lösung aller Probleme in diesem Land? Von wegen Lösung. Wird dieses Verbrechen begangen, wird sich eine furchtbare Spirale eröffnen, die Euch mitreißen wird. (...) Mein Blut wird über Euch kommen«, hieß es in dem Brief an den Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Benigno Zaccagnini, vom 20. März 1978.

Den BR hätte am Ende eine symbolische Geste gereicht: Ein ranghohes Mitglied der Christdemokratie sollte öffentlich die Bereitschaft erklären, über die Forderungen der Roten Brigaden nachzudenken, sofern sich diese Forderungen im Bereich des Legalen bewegten.

Neun Tage später schrieb Moro in einem Brief an Innenminister Francesco Cossiga: »Die Staatsraison bedeutet in meinem Fall, dass ich mich in einer vollständigen und unkontrollierten Gewalt befinde, mir ein Volksprozess gemacht wird (...) und da ich bei vollem Verstand und voller Gesundheit bin, das Risiko besteht, dass ich auf unangenehme oder auf gefährliche Weise zum Reden gezwungen werde könnte (...) Gott möge Euch erleuchten ... «

Dazu nochmal Pieczenik: »Es wurde klar, dass Moro eine Bedrohung geworden und nicht jemand war, der als noch zu retten galt.« Dem 2010 gestorbenen Cossiga will er geraten haben, öffentlich zu behaupten, die Briefe seien gefälscht, Moro habe sie unter dem Einfluss von Drogen geschrieben: »Es war notwendig, die Geisel zu diskreditieren.« Auch dass der Vatikan angeblich mehrere Millionen Lire bereit hielt, um Moro freizukaufen, will Pieczenik gewusst haben, auch davon habe er Cossiga abgeraten: »Wir waren dabei, alle Kanäle zu schließen, die zur Befreiung der Geisel hätten führen können. Es ging nicht um die Person Aldo Moro, auf dem Spiel stand die Destabilisierung Italiens.«

Am 18. April flog die Wohnung in der Via Gradoli auf. Am selben Tag tauchte ein Kommuniqué auf, in dem der Tod Aldo Moros verkündet wurde. Er sei hingerichtet worden, wie die Genossen in Stammheim. Seine Leiche befinde sich im Lago della Duchessa. Der erwähnte See, der nördlich von Rom im Apennin liegt, war aber zu diesem Zeitpunkt zugefroren. Es stellte sich ziemlich schnell heraus, dass das Kommuniqué gefälscht worden war. Wer steckte dahinter? Pieczenik erzählt, die Fälschung sei seine Idee gewesen: »Die Italiener mussten auf Moros Tod vorbereitet werden (...) und außerdem sollten die BR mit dem Rücken an die Wand gedrängt werden.« Pieczeniks Aussagen bleiben unbewiesen, fest steht, dass der Druck auf die BR, zu einer Entscheidung zu kommen, enorm stieg. »Wir haben das falsche Kommuniqué als eine Botschaft gedeutet, dass sie ihn fallen lassen, dass die Mehrheitsentscheidung innerhalb der Institutionen und insbesondere innerhalb der Christdemokratischen Partei gefallen war«, so beschreibt Adriana Faranda in einem Interview von 2008 die Reaktion der Entführer.

Eine einzige Partei versuchte, die vom gesamten politischen und institutionellen System vertretene Linie der Härte aufzubrechen – wenn auch aus politischem Kalkül, wie viele vermuten, um einen Keil zwischen Christdemokraten und Kommunisten zu treiben. Die Sozialistische Partei sprach sich für Verhandlungen aus.

Nicht aus humanitären Gründen, wie der damalige Parteivorsitzende Bettino Craxi betonte. Er nannte es eine »verfassungsmäßige Pflicht« des Staats, das Leben der eigenen Bürger im Krieg zu schützen. Über Franco Piperno, Mitglied der Gruppe Potere Operaio, versuchte man, einen Kontakt zu den BR herzustellen; diese erklärten sich bereit, Moro im Austausch gegen einen Gefangenen freizulassen. In einem letzten Telefonat mit der Familie des Gefangenen sprach Mario Moretti, der Anführer des Kommandos, deutlich aus, dass den BR am Ende eine symbolische Geste gereicht hätte: Ein ranghohes Mitglied der Christdemokratie sollte öffentlich die Bereitschaft erklären, über die Forderungen der Roten Brigaden nachzudenken, sofern sich diese Forderungen im Bereich des Legalen bewegten. Das war die politische Anerkennung, welche die BR für Moros Herausgabe als Gegenleistung verlangten. Die Folgen dieser Anerkennung wären vermutlich auf vielen Ebenen so verheerend gewesen, dass die Eliminierung eines führenden Politikers im Vergleich als das »kleinere Übel« erschien.

»Weder mit dem Staat noch mit den Roten Brigaden«

Überhaupt spielen humanitäre Aspekte in dieser Geschichte eine viel kleinere Rolle, als man annehmen könnte. Alles spielte sich auf allen Seiten – der Christdemokraten, der Kommunisten, der Roten Brigaden – im Bereich des politischen Kalküls ab.

Hört man heute einige der damaligen Brigadisten sprechen, wirkt die Nüchternheit, mit der sie die Vorgänge jener Tage rekapitulieren und politisch erklären, unfassbar zynisch. Gallinari etwa erzählt vor laufender Kamera, wie sie sonntags die im Fernsehen übertragene Messe auf Kassette für Moro aufnahmen und einen Schnitt später vom obersten Ziel der Machtergreifung, das die Ausschaltung des Klassenfeinds vorsieht. Derlei macht deutlich, dass eine politische Auseinandersetzung mit den Ereignissen dieser Jahren nicht in Kategorien von moralischer oder ethischer Schuld geführt werden kann. In den Debatten zum 40. Jahrestag der Ermordung Aldo Moros herrscht dagegen viel Empörung darüber, dass einige der ehemaligen Terroristen in den Medien zu Wort kommen und Fragen zu ihren Taten beantworten. Man möchte diese Menschen nur als gebrochene, reuige, wahnsinnige Männer und Frauen sehen. Daran zeigt sich, dass eine historische und politische Aufarbeitung dieses Stücks italienischer Geschichte mit all den Konflikten, die sie kennzeichneten, noch in weiter Ferne liegt.

Nicht nur irrten sich die BR in ihrer Selbstwahrnehmung, denn der Staat behandelte sie nie als ebenbürtige Gegner. Auch die Unterstützung durch viele Tausende Genossinnen und Genossen draußen, derer sich die Brigadisten so sicher waren, endete in den Tagen zwischen dem Massaker in der Via Fani und der Erschießung Aldo Moros.

Die Roten Brigaden haben sich als bewaffneter Arm des Proletariats in einem Krieg gesehen und wollten – so unbegreiflich dies heutzutage erscheinen mag – vom Staat nicht als Verbrecher, sondern als gegnerische Macht anerkannt werden, militärisch und politisch.

Nicht nur irrten sich die BR in ihrer Selbstwahrnehmung, denn der Staat behandelte sie nie als ebenbürtige Gegner. Auch die Unterstützung durch viele Tausende Genossinnen und Genossen draußen, derer sich die Brigadisten so sicher waren, endete in den Tagen zwischen dem Massaker in der Via Fani und der Erschießung Aldo Moros.

Viele außerparlamentarische Linke verabschiedeten sich von dem Slogan »Weder mit dem Staat noch mit den Roten Brigaden«, also von der Ambivalenz, die ihr Verhältnis zu den BR in den Jahren zuvor gekennzeichnet hatte.

Gallinari konstatiert: »Wir konnten nur existieren, weil eine bestimmte Gesellschaftsschicht unsere Vorstellung teilte oder sie zumindest nicht ablehnte.« Damit liegt er richtig. Mit der Entführung Aldo Moros besiegelten die BR ihr eigenes Ende.

Ihr Terrorismus bleibt Teil der Geschichte einer radikalen Linken, die noch immer um den richtigen Umgang damit ringt.